

**Vortrag von BLLV-Präsidentin &
stv. dbb-Bundesvorsitzenden
Simone Fleischmann auf der Frankfurter Buchmesse**

Kurzbeschreibung des Vortrags im Veranstaltungsprogramm:

Demokratie wächst, wenn Menschen sie erfahren. Schulen sind zentrale Orte dieser Erfahrung. Aber wie steht es eigentlich angesichts multipler Krisen um die Demokratiepädagogik in Schule? Wie fest ist dieser Bildungsauftrag gesellschaftlich noch verankert? Und wie können Lehrkräfte im Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit jeden Tag im Klassenzimmer Haltung zeigen? Der Vortrag beleuchtet, wie Demokratiepädagogik jungen Menschen Orientierung geben kann, diskutiert die Zukunft demokratischer Prozesse in der Schule, die Rolle und Haltung der Lehrkräfte und wie politisch Verantwortliche mit all dem umgehen sollten.

Demokratie lehren, lernen und leben: Auftrag oder Auslaufmodell?

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir erleben, dass die Demokratie unter Druck steht.

Populismus, Polarisierung und Desinformation prägen den politischen Diskurs. Auf Bundes- und Landesebene und darüber hinaus.

Immer häufiger ist vom Rechtsruck die Rede.
Die Medien sind voll davon.

Dieser Rechtsruck, ist keine gefühlte Wahrheit, sondern eine reale Bedrohung unserer Demokratie.

Das zeigt sich auch in den Zahlen:

- Bei den letzten Kommunalwahlen in NRW konnte die AfD ihren Stimmenanteil fast verdreifachen.
- In der Sonntagsfrage vom 7. Oktober wurde die AfD stärkste Partei.

Das verdeutlicht, wie stark sich das politische Klima in unserem Land verändert hat.

Warum hebe ich eine Partei nun so heraus?

Mir ist wichtig zu betonen:

Eine demokratisch gewählte Partei
ist nicht automatisch eine demokratische Partei.

Der Verfassungsschutz hat die AfD als
rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestuft.
Ihr Ziel ist es nicht die Demokratie zu stärken
– ganz im Gegenteil.

In mehreren Bundesländern hat die AfD
sogenannte Meldeportale eingerichtet.
Ziel ist es, politisch Andersdenkende einzuschüchtern,
darunter natürlich auch Lehrkräfte.

Und dennoch:

Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler würden
dieser Partei ihre Stimme geben.

Wir müssen uns also zwei Fragen stellen:

1. Wie können wir den Rechtsruck aufhalten
und die Demokratie im Alltag wieder stärken?

und

2. Welche Verantwortung tragen Schulen und wie
können sie junge Menschen dazu befähigen,
Haltung zu zeigen – gerade dann, wenn
demokratische Werte angegriffen werden?

Eine Partei, die als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft wurde, ist das Eine.

Das Andere ist das Menschenbild und die Gesinnung die dahintersteht.

Diese begegnen uns am Stammtisch,
in Gesprächen mit Nachbarn, im Elternabend
und eben auch in den Klassenzimmern.

Lehrkräfte müssen mit diesen Meinungen umgehen.
Sie haben einen klaren Bildungs- und Erziehungsauftrag,
der in allen **Landesverfassungen** festgeschrieben ist.

In Bayern heißt es unmissverständlich,
dass Schülerinnen und Schüler im Geist der Demokratie
zu erziehen sind.

Das **Beamtenstatusgesetz** verpflichtet Lehrkräfte zudem,
sich zur demokratischen Grundordnung zu bekennen.

Auch der **Beutelsbacher Konsens**
schreibt den Lehrkräften keine Neutralität vor.
Er sagt lediglich, dass Dissens in Wissenschaft und Politik
im Unterricht aufgegriffen und thematisiert werden soll.

Es ist Aufgabe der Lehrkräfte, demokratische und pluralistische Werte zu vermitteln.

Das bedeutet: Lehrkräfte dürfen Position beziehen, wenn es um die Werte unseres Grundgesetzes geht. Sie müssen es sogar.

Es gibt klare Regeln für die pädagogische Praxis, die unter einem öffentlichen Auftrag steht.

Und eine ganz wesentliche Regel ist:
Das Bekenntnis zur Demokratie und zu demokratischen Werten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

sie merken also, ich bin überzeugt,
dass **Demokratiebildung definitiv Auftrag von Schule** ist.

Schulen sind zentrale Orte,
an denen junge Menschen mit all ihren Unterschieden
zusammenkommen und demokratisches Miteinander
lernen.

Im Klassenrat, im Schülerparlament, in Projekten und
im täglichen Miteinander wird Demokratie erfahrbar.

Als Schulleiterin habe ich selbst erlebt,
wie herausfordernd es sein kann,
wenn Schülerinnen und Schüler mit klaren politischen
Überzeugungen aus ihrem Elternhaus kommen.

Und wie viel Fingerspitzengefühl es braucht,
sie in den Dialog zu bringen.

Am besten gelingt dies, wenn Demokratiebildung
als Querschnittsaufgabe verstanden wird.
Wenn sich Demokratiebildung also nicht nur
auf den Politikunterricht beschränkt,
sondern fächerübergreifend stattfindet.

Als Jury-Mitglied des **Deutschen Schulpreises** weiß ich, dass an ganzen vielen Schulen bereits wahnsinnig gute Demokratiebildung gemacht wird.

Ich weiß, wie viel Engagement, Kreativität und manchmal auch Mut dafür nötig sind.

Dieses Jahr wurden erstmals fünf Schulen mit dem **Themenpreis Demokratiebildung** ausgezeichnet:

- Ernst-Reuter-Gemeinschaftsschule Karlsruhe
- Evangelisches Schulzentrum Muldental e.V.
- Schule An der Burgweide in Hamburg

Diese Schulen stehen beispielhaft für gelebte Demokratie im Schulalltag.

Sie schaffen Lernorte, an denen Schülerinnen & Schüler Demokratie nicht nur lernen, sondern erfahren.

Sie dürfen Verantwortung übernehmen und ihre Schulgemeinschaft aktiv mitgestalten.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sprach bei der Verleihung des Deutschen Schulpreis 2023 aus, was angesichts vieler aktueller gesellschaftlicher Krisen für die Demokratie entscheidend ist:

*„Jede Schule in Deutschland
muss eine Schule der Demokratie sein.*

*Ein Ort, an dem Schülerinnen und Schüler lernen,
einander mit Respekt zu begegnen,
aufeinander Rücksicht zu nehmen,
Konflikte mit Argumenten auszutragen,
Verantwortung für sich selbst
und für andere zu übernehmen.*

*Ein Ort, an dem junge Menschen das Miteinander in
unserer, manchmal nicht einfachen, vielfältigen
Gesellschaft lernen.“*

Doch kann Schule eine krankende Demokratie retten?

Wenn der gesellschaftliche Ton rauer wird,
wenn demokratische Institutionen geschwächt werden,
dann braucht es neben pädagogischen Antworten
auch politische Verantwortungsübernahme.

Als stellvertretende Bundesvorsitzende des deutschen
Beamtenbundes spüre ich, es ist den Kolleginnen und
Kollegen zu zeigen, dass sie nicht allein dastehen.

30 % der Lehrkräfte im öffentlichen Dienst wurden
beschimpft, in ihrer Arbeit behindert oder angegriffen.
Damit sind sie gleichauf mit Mitarbeitenden im
Sicherheitsdienst.

Das zeigt: Wer sich im Dienst der Gesellschaft engagiert wird zunehmend zur Zielscheibe.

Das ist ein Alarmsignal – für unsere Demokratie und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Lehrkräfte allein werden die Demokratie nicht retten können

– auch wenn wir alles dafür tun!

Wir **alle** müssen dafür einstehen.

Haltung zählt!